

EU-Nachrichten 11 2017

NACHRICHTEN

Europäischer Trauerakt 3

Abschied von Altkanzler Helmut Kohl

IM FOKUS

Rekord-Kartellstrafe 5

Google soll 2,42 Milliarden Euro zahlen

Geordneter Rückzug 6

Verhandlungen über den britischen
EU-Austritt haben begonnen

GEFÄHRLICHE KEIME UND BAKTERIEN

EU geht gegen antimikrobielle Resistenzen vor

Die Resistenz gefährlicher Bakterien gegen Antibiotika wird zu einer immer größeren Bedrohung. Allein in der EU werden antimikrobielle Resistenzen für 25.000 Todesfälle pro Jahr und einen wirtschaftlichen Schaden von 1,5 Mrd. Euro verantwortlich gemacht. Die Gefahren für die Gesundheit nähmen weltweit zu, „und wenn wir jetzt nicht mehr dagegen tun, könnten sie bis 2050 mehr Todesfälle verursachen als Krebs“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Die Kommission legte jetzt einen Aktionsplan gegen die zunehmenden Resistenzen vor.

Der Plan umfasst Leitlinien zum umsichtigen Einsatz antimikrobieller Mittel beim Menschen. Diese richten sich an Ärzte, Pflegepersonal, Apotheker, Krankenhausmanager und andere, die bei der Verwendung solcher Mittel eine Rolle spielen. Sie ergänzen bestehende nationale Leitlinien für die Prävention und Bekämpfung von Infektionen.

[Antimikrobielle Resistenz](#)



EU-Haushaltskommissar Oettinger präsentierte Überlegungen, wie das Gemeinschaftsbudget in der Ära nach dem EU-Austritt der Briten aussehen könnte.

Credit © European Union, 2017

ZUKUNFT DES EU-HAUSHALTS

Weichen für das nächste Jahrzehnt stellen

Die Grundsatzfrage, welche Aufgaben und welches Aussehen die EU in Zukunft haben soll, bestimmt maßgeblich mit, wie ihr Haushalt aussehen muss. Als sechsten Beitrag in einer Reihe von Reflexionspapieren zur Zukunft der EU hat die EU-Kommission deshalb mögliche Optionen zur Entwicklung der EU-Finzen beschrieben und dabei fünf Szenarien gezeichnet. „Wenn Europa neue Herausforderungen bewältigen soll, muss das Geld dafür irgendwo herkommen. Wir können entweder weniger ausgeben oder neue Einnahmequellen erschließen“, erklärte Haushaltskommissar Günther Oettinger.

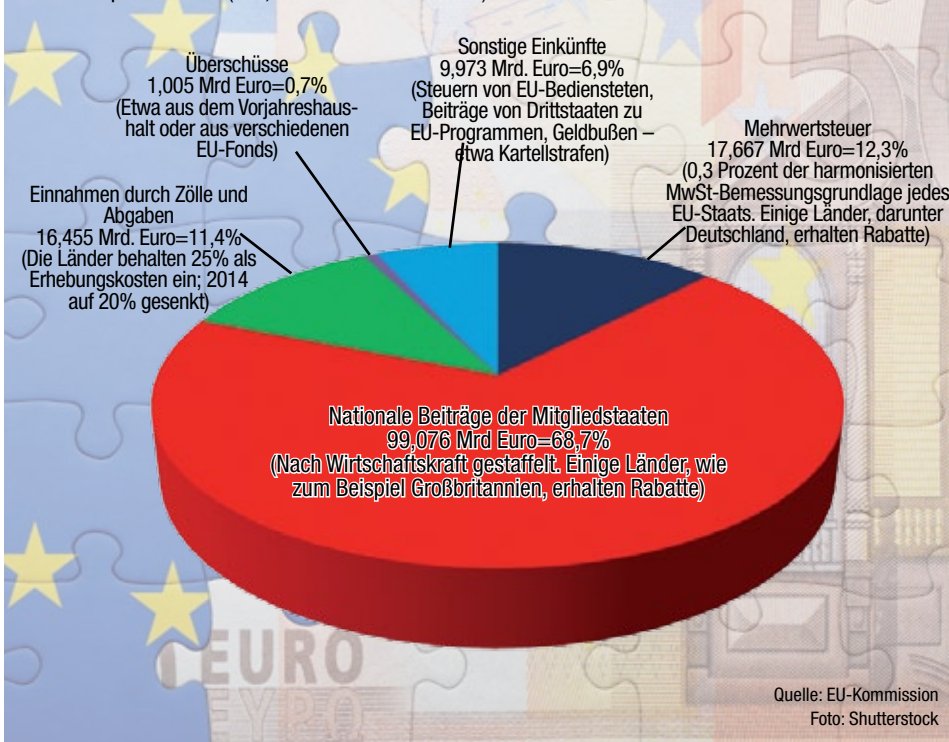
> „Im Grunde geben wir damit den Startschuss zur Budgetberatung der EU-27 nach dem Ausscheiden der Briten im nächsten Jahrzehnt“, sagte er zu dem Diskussionspapier. Allein durch das Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien würden der EU nämlich jährlich 10 bis 11 Milliarden Euro fehlen. „Dazu kommt die zweite Lücke: neue Aufgaben“, sagte Oettinger.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die bisher noch nicht ausreichend durch den EU-Haushalt abgedeckt sind, zählte er eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die Sicherung der Außen-

grenzen, den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen, Entwicklungshilfe zur Beseitigung von Fluchtursachen und die Themen Sicherheit, Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung. Oettinger glaubt, dass Umschichtungen und teils auch Kürzungen im EU-Budget nötig sind. Der britische Austritt könne nicht ohne Folgen bleiben. „Aber nur mit Kürzungen wird man die Brexit-Lücke nicht schließen können“, sagte er. Dazu brauche es eine Mischung aus Einsparungen und neuen Einnahmen. Und zur Bewältigung neuer Herausforderungen sei „zuallererst frisches Geld“ gefragt. >>

EINNAHMENSTRUKTUR DES EU-HAUSHALTS

Am Beispiel von 2014 (143,94 Milliarden Euro=100%)



günstiger ist. Etwa bei der Verteidigung, der Agrarpolitik, aber auch bei der Anschaffung von „Supercomputern“ oder dem Bau grenzüberschreitender Eisenbahnlinien.

Alternativen zu nationalen Beiträgen finden

Derzeit wird der EU-Haushalt zu rund 70 Prozent von Einzahlungen der Mitgliedstaaten gedeckt. Die Diskussion über mögliche alternative Einnahmequellen läuft seit Jahren. Eine Expertengruppe hat bereits zahlreiche Vorschläge gemacht, die auch die Kommission wieder zur Diskussion stellt. Dazu gehören Einnahmen aus Finanztransaktions-, Energie-, Kraftstoff- oder Umweltsteuern, aus dem CO₂-Handel oder möglichen CO₂-basierten Einfuhrabgaben. „Wir streben keine EU-Steuern an“, betonte Oettinger, aber eine Beteiligung an bestehenden Steuern sei eine Option, besonders wenn die Einnahmen durch EU-Regulierung entstünden, wie beim CO₂-Handel.

In dem Reflexionspapier werden noch weitere Diskussionen angeregt. Zum Beispiel darüber, ob die Auszahlung von EU-Mitteln stärker an die Befolgung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Zielvorgaben gekoppelt werden sollte, wie sie im Europäischen Semester festgelegt werden. Oder ob die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards, etwa bei Gewaltenteilung oder Medienvielfalt, eine Rolle für die Gewährung von EU-Geldern spielen soll. „Diese Frage stellen wir ergebnisoffen“, sagte Oettinger. Es gebe keine Vorfestlegung. Für eine stärkere Verknüpfung von Investitionsförderung mit den länderspezifischen Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik ließ Oettinger dagegen Sympathie erkennen. (frh)

Debatte über die Zukunft der EU-Finzen

Eine Tasse Kaffee pro Tag

EU-Haushaltskommissar Oettinger meint, die Budgetobergrenze von derzeit rund 150 Mrd. Euro jährlich solle im nächsten Jahrzehnt „maßvoll angehoben werden“. In den USA fließen von 50 Dollar, die die öffentlichen Kassen einnehmen, 30 Dollar nach Washington. In der EU lande derzeit von 50 Euro nur 1 Euro im EU-Budget. 2012 haben alle EU-Leistungen jeden Bundesbürger laut Kommission pro Tag nur 77 Cent gekostet – kaum so viel wie eine Tasse Kaffee.

>> Die Mitgliedstaaten müssten dazu die Frage beantworten, was ihnen die EU und gemeinsames Handeln wert sind. Bis Mitte kommenden Jahres will die Kommission ihren Vorschlag für den nächsten mittelfristigen EU-Finanzrahmen (MFR) für die Jahre ab 2021 vorlegen. Bis dahin wünscht sie sich eine Grundsatzdebatte, an der sich Mitgliedstaaten, Europäisches Parlament, Sozialpartner und auch Bürger beteiligen sollen. Die im Reflexionspapier beschriebenen Haushaltsszenarien folgen den im „Weißbuch“ zur Zukunft der EU zur Diskussion gestellten Optionen: „Weiter wie bisher“, „weniger gemeinsames Handeln“, „einige Mitgliedstaaten tun mehr“, „radikale Umgestaltung“ und „viel mehr gemeinsames Handeln“. Die Auswirkungen auf den Finanzbedarf reichen von „wesentlich niedriger“ bis „wesentlich höher“.

Europäischer Mehrwert gefragt

„Aber was wir auch tun, jeder aus dem EU-Haushalt investierte Euro muss einen zusätzlichen Nutzen erbringen und sich positiv auf das tägliche Leben der Menschen auswirken“, betonte Oettinger. Der Haushalt müsse einfacher und flexibler werden, etwa indem alle Nachlässe auf Einzahlungen abgeschafft werden, wenn mit dem Briten-Rabatt die „Mutter aller Rabatte“ verschwinde. Auch die Praxis,

dass mit verschiedenen Instrumenten gleiche Projekte finanziert werden, will die Kommission beenden, etwa bei der Mittelstandsförderung oder bei Konkurrenzangeboten zum neuen Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

Alle Haushaltsposten müssten sich der Überprüfung stellen, wie groß ihr europäischer Mehrwert ist. So regt die Kommission etwa eine Diskussion darüber an, ob Agrardirektbeihilfen für große Betriebe oder solche in günstigen Lagen gekürzt oder ob Agrarbeihilfen aus nationalen Kassen ko-finanziert werden sollen. Eine stärkere Ko-Finanzierung sei auch beim großen Posten der Regional- und Kohäsionsförderung denkbar, um in den Mitgliedstaaten mehr Verantwortungsbewusstsein für die Ausgaben zu erreichen. Außerdem sei die Frage zu beantworten, ob besser entwickelte Länder und Regionen überhaupt noch EU-Regionalfördermittel erhalten sollten. Grundsätzlich geklärt werden müsse auch, ob neue Einrichtungen wie ein eigener Eurozonen-Haushalt, eine Arbeitslosenrückversicherung oder ein Fonds zur Unterstützung von nationalen Strukturreformen geschaffen werden sollen.

Oettinger hält es für klar, dass gemeinsames Handeln in vielen Bereichen besser und auch

ABSCHIED VOM EHRENBÜRGER EUROPAS

Europäischer Trauerakt für Helmut Kohl

Bei einem europäischen Trauerakt werden am 1. Juli im Europäischen Parlament in Straßburg viele hochrangige Politiker dem im Alter von 87 Jahren verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl die letzte Ehre erweisen. Die Würdigung des „Ehrenbürger Europas“ durch eine bisher noch nicht dagewesene europäische Zeremonie ist von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschlagen worden. Juncker würdigte Kohl als Vater der deutschen Einheit und bedeutenden Europäer, ohne den es beispielsweise den Euro nicht gebe.

„Helmut Kohl hat das europäische Haus mit Leben erfüllt“, unterstrich Juncker, der nach dem Tod des Altkanzlers die EU-Flaggen in Brüssel auf Halbmast setzen ließ. Als Redner beim Trauerakt werden neben Juncker der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, der Präsi-

dent des Europäischen Rates, Donald Tusk, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron sowie der ehemalige US-Präsident Bill Clinton und der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe González erwartet. Der aufgebahrte Sarg wird mit einer Europaflagge bedeckt sein. Nach der Zeremonie wird der Sarg nach Speyer gebracht. Dort wird Kohl nach einem Requiem im Dom dann beigesetzt.

■ [Erklärung von Kommissionspräsident Juncker](#)



Credit © European Communities, 1990

AUFLÖSUNG ITALIENISCHER BANKEN

Staatsbeihilfen zum Schutz der Region Venetien genehmigt

Die italienische Regierung darf staatliche Beihilfen einsetzen, damit es nach der Insolvenz der beiden Banken Banca Popolare di Vicenza und Veneto Banca nicht zu einer Wirtschaftskrise kommt und Sparer kein Geld verlieren. Die EU-Kommission hat einen entsprechenden Antrag aus Rom genehmigt. „Italien hält die staatlichen Beihilfen für notwendig, um in der Region Venetien eine Störung des Wirtschaftslebens zu verhindern“, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Eingesetzt werden sollen rund 17 Mrd. Euro an Subventionen und staatlichen Garantien. Zur Stabilisierung soll auch ein Teilverkauf der maroden Banken an die italienische Bank Intesa Sanpaolo beitragen.

Die Europäische Zentralbank hatte die bedrohliche Schieflage der beiden Kreditinstitute festgestellt. Die für die Abwicklung von Krisenbanken zuständige Behörde der europäischen Bankenunion, der einheitliche Abwicklungsausschuss (SRB), hatte entschieden, dass der Kollaps der zwei Banken keine Gefahr für das EU-Finanzsystem darstellt und es deshalb keine Abwicklung nach EU-Regeln, sondern nach dem italienischen Insolvenzrecht geben soll. In Rom wurde beschlossen, dass im Einklang mit EU-Recht Aktionäre und nachrangige Anleihegläubiger vollständig zu den Kosten der Abwicklung beitragen müssen, vorrangige Anleihegläubiger aber nicht.

■ [Staatsbeihilfen für Banken genehmigt](#)

SCHUTZ VOR KRIMINELLEN UND TERROR

EU-Register für Vorstrafen von Drittstaatlern vorgeschlagen

Um den Informationsaustausch zwischen Polizei und Justizbehörden der Mitgliedstaaten zu verbessern, hat die EU-Kommission weitere Schritte vorgeschlagen. So soll eine zentralisierte Datenbank (ECRIS) eingerichtet werden, in der alle Informationen gesammelt werden, die in einzelnen Mitgliedstaaten über Vorstrafen von Drittstaatsangehörigen vorliegen. Auch Name, Anschrift, Fingerabdrücke und wenn verfügbar Gesichtsbilder sollen dort gespeichert werden und abrufbar sein. Entwickelt werden soll die Datenbank von der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen (eu-LISA).

Die Kommission schlug auch vor, das Mandat von eu-LISA zu stärken, so dass dort künftig alle für Sicherheitsbehörden wichtigen EU-Datenbanken unter einem Dach verknüpft werden können. Ziel sei es, dass die Datenbanken „für Polizisten und Beamte vor Ort leichter zugänglich sind“, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová. Gestärkt werden soll auch die Widerstandsfähigkeit der EU gegen Cyber-Angriffe. Die EU-Cyber-Sicherheitsstrategie wird gerade überarbeitet. Kurzfristig sollen 14 Mitgliedstaaten insgesamt 10,8 Mio. Euro bekommen, um ihre Reaktionsteams für Computer-Sicherheit zu stärken, und das Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität soll mit noch mehr IT-Expertise ausgestattet werden.

■ [Interoperabilität der Informationssysteme](#)

PRIVATE ALTERSVORSORGE

Neues EU-Produkt soll Auswahl vergrößern

Private Altersvorsorge wird angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger. Der Markt für Zusatzrenten ist in der EU aber zersplittert. In manchen Mitgliedstaaten gibt es laut EU-Kommission fast keine Angebote. Ein Vorschlag für ein neues Produkt mit EU-einheitlichen Merkmalen soll das nun ändern. Das Produkt mit dem Titel PEPP könnte grenzüberschreitend vertrieben und von unterschiedlichen Unternehmen wie Versicherungen, Banken, betrieblichen Rentenkassen, Wertpapierfirmen und Vermögensverwaltungsgesellschaften angeboten werden. Es soll bestehende Altersvorsorgesysteme ergänzen, aber nicht ersetzen, so die Kommission. Sie empfiehlt den Mitgliedstaaten, es genauso zu besteuern wie ähnliche Produkte.

PEPP-Anbieter brauchen eine Zulassung der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (EIOPA). Für die Produkte sollen strenge Informationspflichten und Vertriebsvorschriften gelten, es soll eine Standard-Anlageoption geben, bei der zumindest das eingesetzte Kapital garantiert wird, und PEPP soll auch bei einem Umzug in andere EU-Staaten weiter genutzt werden können. „Das neue Produkt wird als Gütesiegel fungieren, und ich bin zuversichtlich, dass es auch langfristige Investitionen in die Kapitalmärkte fördern wird“, sagte der für Finanzdienstleistungen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Valdis Dombrovskis.

■ [Europaweite private Altersvorsorge](#)

Kampf gegen aggressive Steuersparmodelle geht weiter



Damit die EU-Staaten rasch auf aggressive Steuersparmodelle reagieren können, soll dafür eine Meldepflicht eingeführt werden, die auch für Berater gilt

In ihrem Bemühen, die aggressive Steuerplanung einzuschränken, will die EU-Kommission nun auch Steuerberater, Anwälte oder Wirtschaftsprüfer in die Pflicht nehmen. Nicht nur Banker, sondern auch so genannte Finanzintermediäre sollen künftig die Finanzämter unaufgefordert innerhalb von fünf Tagen informieren, wenn sie ihren Klienten – ob Unternehmen oder Privatmann – ein grenzüberschreitendes Steuersparmodell angeboten haben. „Steuerbehörden sollten über die notwendigen Informationen verfügen, um aggressive Steuerplanungsstrategien zu unterbinden“, sagte Pierre Moscovici, der für Steuern, Zoll, Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar.

> Gegen Unternehmen, die ihre Daten nicht weitergeben, sollen „wirksame abschreckende“ Sanktionen verhängt werden. Die Behörden der Mitgliedstaaten sollen die Angaben über eine zentrale Datenbank automatisch einmal im Quartal austauschen. Damit sie kontrollieren kann, ob sich alle Beteiligten an die Regeln halten, verlangt die Kommission den Zugang zu „bestimmten Aspekten“ des Informationsaustauschs.

Die neue Regelung soll für „alle Intermediäre“ und „alle potenziell schädlichen“ Steuersysteme gelten. Sitzt der Finanzintermediär in einem Drittstaat, sollen dessen EU-Kunden verpflichtet werden, die erhaltenen Ratschläge für grenzüberschreitende Steuerarrangements zu melden. Ziel der Kommission ist es, dass Finanzämter rechtzeitig informiert sind, bevor die Steuersparmodelle zum Einsatz kommen. Kritisch betrachtet werden sollten nach Meinung der Kommission etwa Systeme, die Verluste nutzen, um die Abgabenlast zu senken sowie günstige Sonderregeln oder Vereinbarungen unter Beteiligung von Ländern, die internationale Standards für verantwortungsvolles Handeln nicht einhalten.

Licht ins Dunkel bringen

„Unser Vorschlag wird denjenigen Intermediären mehr Sicherheit verschaffen, die Geist und Wortlaut unserer Gesetze respektieren, und allen anderen Einhalt gebieten“, erklärte Steuerkommissar Pierre Moscovici. Die Kommission wolle keine Berufe abschaffen, aber „die Heimlichtuerei“ in Steuersachen müsse aufhören,

sagte er. Die Kommission verweist in diesem Zusammenhang auf das Vereinigte Königreich. Obwohl das Land eines der wenigen in der EU mit gesetzlichen Vorgaben für Finanzintermediäre sei, arbeiteten dort besonders viele.

Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber zeigte sich skeptisch. „Es ist kaum davon auszugehen, dass Finanzintermediäre künftig in Scharen zu den Finanzämtern laufen werden, um auf fragwürdige Steuerkonstruktionen hinzuweisen, die sie selbst geschaffen haben“, sagte er. Der Grünen-Abgeordnete Sven Giegold bewertete es hingegen als großen Erfolg, dass die Richtlinie nicht nur Banken, sondern die gesamte Bandbreite von Mittelsmännern einschließen soll. „Bundesfinanzminister Schäuble sollte zudem die Informationspflicht auch auf rein nationale Sachverhalte ausdehnen. „Ein Ende dubioser Steuerpraktiken kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute“, erklärte Giegold.

Auch der SPD-Europaabgeordnete Peter Simon begrüßte den Vorschlag der Kommission. „Normalerweise vergehen Jahre, bis Steuerschlupflöcher entdeckt und geschlossen werden. Bis dahin profitieren die Vermittler von Steuersparmodellen und ihre Kunden auf Kosten der Allgemeinheit“, sagte Simon. Durch die Meldepflicht könnten die Länder unmittelbar reagieren und „den Steuersparhahn schnell wieder zudrehen“. Damit die Pläne in die Tat umgesetzt werden können, müssen alle Mitgliedstaaten, wie in Steuersachen üblich, diese einstimmig befürworten. Das Europäische Parlament muss nur konsultiert werden.

Bereits einiges erreicht

Die EU-Kommission hat bereits einiges unternommen, um mehr Transparenz im Steuerbereich zu erreichen und wirkungsvoller gegen Steuervermeidung vorzugehen. Neue EU-Vorschriften zur Bekämpfung dubioser Steuergestaltung sowie über Transparenzanforderungen für Finanzkonten, Steuervorbescheide und Aktivitäten multinationaler Unternehmen wurden bereits beschlossen. Derzeit wird über Vorschläge für Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche, öffentliche länderspezifische Berichterstattung und strengere Vorschriften für die verantwortungsvolle Verwaltung von EU-Mitteln verhandelt. „Die EU hat im Hinblick auf die Stärkung der Transparenz im Bereich der aggressiven Steuerplanung eine Vorreiterrolle übernommen“, bilanzierte der für Finanzdienstleistungen zuständige Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. (ste/frh) >

Neue Transparenzvorschriften für Intermediäre

Internationale Standards umsetzen

Mit ihrem Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit will die EU-Kommission internationale Empfehlungen zur Bekämpfung aggressiver Steuerpolitik in europäisches Recht umsetzen. Sie wurden von den OECD-Staaten im Rahmen des BEPS-Projekts (Base Erosion and Profit Shifting) erarbeitet. Die geplante Meldepflicht soll nach dem Willen der EU-Kommission ab Jahresbeginn 2019 in Kraft treten.

EIGENER PREISVERGLEICHSDIENST BEVORZUGT

Google soll Geldbuße von 2,42 Milliarden Euro zahlen

Der US-Internetkonzern Google soll eine Rekord-Kartellstrafe von 2,42 Milliarden Euro zahlen. Die EU-Kommission wirft dem Suchmaschinenbetreiber vor, seine Marktdominanz zu missbrauchen, um seinen eigenen Shopping-Vergleichsdienst zu begünstigen. „Google hat anderen Unternehmen die Möglichkeit genommen, im Wettbewerb durch Leistung zu überzeugen. Vor allem aber hat es verhindert, dass die europäischen Verbraucher wirklich zwischen verschiedenen Diensten wählen und die Vorteile der Innovation voll nutzen können“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.



Google bietet zahlreiche Dienstleistungen an. Der Konzern darf diese aber bei der Darstellung von Suchergebnissen nicht bevorzugen.

> Google habe viele innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt, „die unser Leben verändert haben. Das ist eine gute Sache“, sagte Vestager. „Aber die Strategie von Google für seinen Preisvergleichsdienst bestand nicht nur darin, Kunden zu gewinnen, indem es ein besseres Produkt anbietet als seine Wettbewerber. Google hat vielmehr seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht, indem es seinen eigenen Preisvergleichsdienst in seinen Suchergebnissen ganz oben platziert und Vergleichsdienste der Konkurrenz herabgestuft hat“, erklärte die Dänin.

Milliarden Suchanfragen ausgewertet

In ihrer Untersuchung hat die Kommission nach eigenen Angaben unter anderem rund 1,7 Milliarden Suchanfragen ausgewertet, andere Marktteilnehmer befragt und durch Versuche und Umfragen getestet, wie sich die Sichtbarkeit in den Suchergebnissen auf das Verhalten der Verbraucher und die Klickrate der angezeigten Webseiten auswirkt.

Demnach werden die Ergebnisse des Preisvergleichsdiensts von Google ganz oder sehr weit oben auf der Suchergebnisliste angezeigt, wenn ein Verbraucher einen Suchbegriff in die Suchmaschine von Google eintippt, Konkurrenten werden zurückgestuft. Vestager zufolge erhält Google Shopping auf diese Weise rund 95 Prozent aller Klicks. Die Praxis bestehe seit 2008 und sei schrittweise in 13 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums eingeführt worden, zuerst in Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

Aufgrund der marktbeherrschenden Stellung Googles habe beispielsweise in Deutschland der Zugriff auf den Preisvergleichsdienst des Unternehmens seitdem um das 35-Fache zugenommen, teilte die Kommission weiter mit. Die Anzahl konkurrierender Websites sei um 92 Prozent zurückgegangen.

Die Kommission verlangt nun Änderungen bei den Geschäftspraktiken von Google. Sollte das nicht innerhalb von 90 Tagen passieren, werden Zwangsgelder im Umfang von bis zu 5 Prozent des durchschnittlichen weltweiten Umsatzes der Muttergesellschaft Alphabet fällig.

Google-Anwalt Kent Walker kündigte an, der Konzern werde die Entscheidung prüfen und sie möglicherweise anfechten. In einer Erklärung des Konzerns heißt es, die Kommission unterschätze den Wert von „schnellen und einfachen Verbindungen“ zwischen Kunden und Werbetreibenden. „Tausende europäische Händler

verwenden diese Anzeigen, um mit größeren Unternehmen wie Amazon und eBay zu konkurrieren“, argumentierte Google.

Schutz für kleine Wettbewerber

Aus dem Europäischen Parlament gab es viel Beifall für das energische Vorgehen der Kommission. Der FDP-Europaabgeordnete Michael Theurer sagte, er zolle Vestager „größten Respekt“. Besonders die Plattformökonomie tendiere zum Monopol. „In kaum einem Bereich führt die EU-Kommission ihre Rolle als Hüterin der europäischen Verträge so effektiv aus wie im Kartellrecht“, sagte Theurer. „Die EU-Kommission ist die führende Kraft im Kampf gegen den Missbrauch von dominanten Marktstellungen im Digitalsektor“, erklärte Sven Giegold (Grüne). Am Fall von Google zeige sich, „wie wichtig Europa für den Schutz von kleinen und mittelständischen Unternehmen ist“.

Auch Andreas Schwab (CDU) begrüßte die hohe Strafe. „Millionen von Nutzern und Verbrauchern vertrauen auf die vermeintliche oder tatsächliche 'Neutralität' von Suchergebnissen“, betonte er. Gianni Pittella, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Europaparlament, sagte, die Kommission habe wieder einmal klar gemacht, dass Wettbewerbsregeln, „nicht nur von europäischen Firmen sondern auch von multinationalen Konzernen eingehalten werden müssen, die in der EU Geschäfte machen“. (frh/ste) >

Noch weitere Fälle anhängig

Die EU-Kommission untersucht Kartellrechtsverstöße von Google in verschiedenen Fällen bereits seit nahezu sieben Jahren. Anhängig sind noch Kartellverfahren, bei denen es um das Betriebssystem Android und den Anzeigendienst AdSense geht. Beide Untersuchungen kämen „gut voran“, sagte Vestager. Auch hier handle es sich vermutlich um Verstöße gegen das Kartellrecht.

■ *Geldbuße gegen Google verhängt*

Barnier will Unsicherheiten so schnell wie möglich beseitigen



Die Brexit-Verhandlungen werden in Brüssel geführt. Geleitet werden die Delegationen von David Davis (2.v. links) und Michel Barnier (3.v. rechts).

Die Verhandlungen über die Bedingungen des Austritts Großbritanniens aus der EU haben begonnen. Die Verhandlungsteams beider Seiten haben sich auf einen Weg in unbekanntes Gelände gemacht, denn noch nie zuvor hat ein Mitgliedstaat die EU verlassen. „Wir müssen die Unsicherheit beseitigen, die durch den Brexit entstanden ist“, gab EU-Chefunterhändler Michel Barnier nach der ersten Gesprächsrunde als Maxime aus. „Wir wollen sicherstellen, dass der Rückzug des Vereinigten Königreiches in geordneter Weise geschieht“, sagte er. In einem zweiten Schritt werde man über die künftigen Beziehungen beider Seiten reden.

> Das erste Treffen sei nützlich gewesen, „um mit dem richtigen Fuß zu starten“, so Barnier. Sein britisches Gegenüber, der für den Brexit zuständige Minister David Davis zeigte sich „ermutigt durch den konstruktiven Ansatz“ beider Seiten. Premierministerin Theresa May sprach von einem „sehr konstruktiven Auftakt“. Ergebnis des ersten Treffens war die Einigung auf den Fahrplan und die Organisation der Verhandlungen sowie auf die Prioritäten für deren erste Phase. Wie von der EU gewünscht, soll es zunächst um folgende Punkte gehen:

- > Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien und von britischen Bürgern in der EU.
- > Klärung der finanziellen Verpflichtungen beider Seiten.
- > Management der Grenzen, besonders der einzigen Landgrenze, die zwischen Nordirland und der Republik Irland verläuft.

Für die ersten beiden Punkte wurde die Bildung von Arbeitsgruppen vereinbart, eine weitere soll sich mit verschiedenen anderen Aspekten der

Eine Woche pro Monat

Die Brexit-Unterhändler wollen sich laut EU-Chefunterhändler Michel Barnier jeden Monat für eine Woche treffen. In der Zeit dazwischen sollen Vorschläge zu verschiedenen Themen ausgearbeitet und ausgetauscht werden. Der Beginn der nächsten Verhandlungsrunden ist für den 17. Juli, 28. August, 18. September und 9. Oktober geplant.

Trennung beschäftigen. Als politisch besonders heikel stufen beide Seiten die Grenzfrage in Irland ein. Um dieses Thema sollen sich die engsten Mitarbeiter Barniers und Davis' persönlich kümmern. „Da liegt viel Arbeit vor uns“, sagte Barnier. Es gehe darum, das Funktionieren des EU-Binnenmarktes zu garantieren, ohne eine neue „harte“ Grenze zu errichten und ohne den Friedensprozess im britischen Nordirland zu beschädigen, dessen Bedingungen im so genannten „Karfreitagsabkommen“ von 1998 festgehalten sind. Davis sagte, Großbritannien wolle einer „unsichtbaren“ Grenze so nahe wie möglich kommen. Das sei ein schwieriges Thema, aber er halte die Probleme für lösbar.

May macht Angebot für Bürgerrechte

Was die Rechte der rund drei Millionen in Großbritannien lebenden EU-Bürger betrifft, hat May bereits ihre Vorstellungen präzisiert. Demnach sollen alle EU-Bürger, die bis zu einem noch festzulegenden Stichtag zwischen dem 29. März 2017 und dem britischen EU-Austritt zugezogen sind, einen vergleichbaren Status wie britische Bürger erhalten können, sobald sie fünf Jahre im Land gelebt haben. Gleiches soll für Familienangehörige gelten. London will sich weiter am System der Europäischen Krankenversicherungskarte beteiligen, die Übertragbarkeit von Renten- und Pensionsansprüchen ermöglichen, Berufsqualifikationen aus der EU anerkennen und EU-Bürgern gleiche Rechte bei Studiengebühren und Stipendien geben – alles an Stichtage gebunden. Das britische Angebot wird Thema bei den nächsten Brexit-Verhandlungsrunden sein.

Abschied von Binnenmarkt und Zollunion

Der britische Verhandlungsführer Davis bekräftigte, dass das Vereinigte Königreich die EU verlassen wolle und ebenso den EU-Binnenmarkt und die Zollunion. Denn ein Verbleib im Binnenmarkt sei nur möglich, wenn die vier Grundfreiheiten auf Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen akzeptiert werden. Den Briten gehe es vorrangig darum, „die Kontrolle über unsere Gesetze zurückzubekommen“. London strebe aber ein Freihandels- und ein Zollabkommen mit der EU an.

Barnier unterstrich, dass Großbritannien nach einem Austritt nicht mehr die gleichen Rechte haben könne wie EU-Mitgliedstaaten. „Das Vereinigte Königreich verlässt die EU, nicht umgekehrt“, betonte er. Es gehe darum, mit den Konsequenzen dieser schwerwiegenden Entscheidung umzugehen. „Ein fairer Deal ist möglich und weitaus besser als kein Deal“, sagte Barnier auch. „Deswegen werden wir immer mit dem Vereinigten Königreich arbeiten und niemals gegen das Vereinigte Königreich“.

Nach den Vorgaben des Artikels 50 des EU-Vertrags erfolgt der britische Austritt aus der EU am 29. März 2019. Dieses Datum kann verschoben werden, wenn alle EU-Staaten und die Regierung in London dem zustimmen. Barnier möchte die Brexit-Verhandlungen bis Oktober 2018 abschließen, damit ein Austrittsvertrag noch ratifiziert werden kann. (frh) >

Rede von Michel Barnier

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 03.07.2017 19.00–21.30 Uhr	„Death by Death“ (Je me tue à le dire) OmU KINO EUROPA Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum für München & Oberbayern	Gasteig München Rosenheimer Straße 5 81667 München	www.europarl.europa.eu/germany/de/informationsb%C3%BCro-inm%C3%BCnchen
> 04.07.2017 12.30–14.00 Uhr	„Prospects of EU-Central Asia Relations“ IEP-Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik (IEP)	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/mig-mit-peter-burian/
> 04.07.2017 18.30–20.00 Uhr	„Tour de Force: Mit Macron in ein anderes Europa?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Dokumentationszentrum Vereinte Nationen – Europäische Union der FU Berlin & Europäisches Informationszentrum Berlin	Henry-Ford-Bau der FU Berlin Garystraße 14195 Berlin	www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/europe-direct-veranstaltungen/664-berliner-europa-dialog-tour-de-force.html
> 06.07.2017 18.00–19.30 Uhr	„Auf dem Weg zu einer sozialeren EU? Die Europäische Säule sozialer Rechte“ Vortrag mit Diskussion Veranstalter: Europe Direct Karlsruhe	Regierungspräsidium Karlsruhe am Rondellplatz Karl-Friedrich-Straße 17 76133 Karlsruhe	https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/International/Seiten/Europe-Direct.aspx
> 06.07.2017 19.00–20.30 Uhr	„Die EU im Bundestagswahlkampf – Nischenthema oder Aufreger?“ Diskussion Veranstalter: Europe Direct-Informationszentrum Köln	Zentralbibliothek Köln Josef-Haubrich-Hof 1 50667 Köln	www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/278-die-eu-im-bundestagswahlkampf-nischenthema-oder-aufreger.html
> 06.07.2017 19.00–20.00 Uhr	„Online-Infosession Master Europäisches Verwaltungsmanagement“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Berlin Professional School der HWR Berlin	Online	https://webconf.vc.dfn.de/r24kew4qqw4/
> 07.07.2017 08.00–15.00 Uhr	„EU Förderungen im Land Brandenburg“ Projekttag Europa im Blick Veranstalter: GEKO e.V.	Oberstufenzentrum II Barnim Alexander-von-Humboldt-Straße 40 16225 Eberswalde	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juli/7/termin/tag.html
> 07.07.2017 11.00–14.00 Uhr	„Die (un-)heimliche Arteriosion in Europas Agrarlandschaften“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Martin Häusling, MdEP	NABU-Bundesgeschäftsstelle Charitéstraße 3 10117 Berlin	www.martin-haeusling.eu/termine/1660-studienrelaunch-erweiterte-und-aktualisierte-auflage-die-unheimliche-arteriosion-in-europas-agrarlandschaften.html
> 10.07.2017 12.00–16.00 Uhr	„Das Europäische Solidaritätskorps wird Programm“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: JUGEND für Europa, Vertretung der Europäischen Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.jugendpolitikineuropa.de/beitrag/einladung-das-europaeische-solidaritaetskorp-wird-programm.10530/
> 12.07.2017 09.30–16.30 Uhr	„Ländersprechtage Belgien/Luxemburg für Unternehmen der Bauwirtschaft und des Bauhandwerkes“ Beratungsgespräch Veranstalter: Industrie- und Handelskammer Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus Goethestraße 1 03046 Cottbus	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juli/12/termin/tag.html

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier:** https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

EUROPE-DIRECT-INFORMATIONSZENTREN

Eine neue Generation des Netzwerks in Deutschland startet

Wer Fragen zur EU hat, findet in einem Informationszentrum des Europe-Direct-Netzwerks kompetente Ansprechpartner. Die Zentren fungieren als Schnittstelle zwischen Bevölkerung und EU: Dort erhält man qualifizierte Auskünfte, kann Informationsbroschüren anfordern oder bekommt Experten zur Beantwortung weiterführender Fragen vermittelt. Die Zentren organisieren Veranstaltungen und Diskussionen zu EU-Themen. Das Netzwerk ist eng geknüpft, um Ratsuchenden lange Wege zu ersparen: Derzeit gibt es mehr als 500 Zentren in der EU, in Deutschland sind es über 50.

Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland sucht nun geeignete Organisationen, die ein solches Informationszentrum in Deutschland für die Zeit von 2018 bis 2020 betreiben wollen. Bewerbungen können bis zum 29. August eingereicht werden. Erfolgreiche Partner haben jedes Jahr Anspruch auf eine Finanzhilfe von mindestens 20.000 Euro und höchstens 40.000 Euro pro Zentrum.

Europe Direct

DIGITALE INFORMATIONEN FÜR SEHBEHINDERTE

EU-Kommission belohnt Innovationen mit 3 Mio. Euro Preisgeld

Rund 30 Millionen Europäerinnen und Europäer sind blind oder sehbehindert. Damit auch sie Teil der digitalen Welt sein können, brauchen sie technische Unterstützung. Einige Hilfsmittel existieren, so etwa die Sprachausgabe von Textinformationen aus dem Internet. Das ist nach Ansicht der EU-Kommission aber nicht ausreichend, da immer mehr Informationen im Web durch Filme, Fotos, Grafiken oder ähnliches transportiert werden. Als Ansporn, Mittel zu entwickeln, auch diese Inhalte Sehbehinderten zugänglich zu machen, hat die Kommission den mit 3 Mio. Euro dotierten Tactile Display Horizon Prize ausgelobt.



© Shutterstock

Die Aufgabe besteht darin, bezahlbare mobile Geräte zu entwickeln, die Informationen aus dem Internet in tastbare Formen übertragen. Texte sollen dabei in Braille-Schrift dargestellt werden, aber auch Grafiken und Tabellen, mathematische und räumliche Informationen sowie einfache Karten sollen sich Sehbehinderte erschließen können. Die Wettbewerbsteilnehmer können ihre Projektvorschläge zwischen dem 17. April und dem 27. November 2018 einreichen.

Preis für taktiles Display ausgelobt

G20-GIPFEL IN HAMBURG

Statistik-Broschüre liefert Hintergrundinformationen

Anfang Dezember hat die Bundesregierung für ein Jahr die Präsidentschaft der G20 übernommen, der Gruppe der weltweit führenden Industrie- und Schwellenländer. In zahlreichen Treffen von Fachministern und Zivilgesellschaft wird auf G20-Ebene eine breite Palette von Themen mit globaler Relevanz diskutiert. Das Gipfeltreffen der G20-Staats- und Regierungschefs findet am 7. und 8. Juli in Hamburg statt.

Als Hintergrundinformation zu den in Hamburg auf der Tagesordnung stehenden Themen hat das Statistische Bundesamt (Destatis) die Broschüre „G20 in Zahlen – Gipfel der G20-Staaten in Hamburg 2017“ veröffentlicht. Damit soll laut Destatis der faktenbasierten Dialog gefördert werden. Die Broschüre liefert zu wichtigen Themen des G20-Gipfels vergleichende Indikatoren, ergänzt um den Fokus Afrika. Neben Themen wie Bevölkerung und Migration, Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt widmet sie sich speziellen Gipfelaspekten wie Digitalisierung, Klimawandel sowie der Bekämpfung von Hunger und globalen Gesundheitsgefährdungen.

G20 in Zahlen

ALTIERO-SPINELLI-PREIS AUSGESCHRIEBEN

Werte und Vorteile der EU sollen bekannter gemacht werden

© Europäische Union

Die Grundwerte, auf denen die Europäische Union aufgebaut ist, sind den Europäern und Europäerinnen nach Ansicht der EU-Kommission nicht immer präsent genug. Gleiches gilt für die Geschichte der EU, ihre Politik und die Vorteile, die sie den Bürgern bringt. Um etwas gegen dieses Kommunikationsdefizit zu tun, hat die Kommission jetzt den Altiero-Spinelli-Preis zur Verbreitung von Wissen über Europa ausgeschrieben. Um den Preis, benannt nach einem der Vordenker der europäischen Integration, können sich etwa Forscher, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten oder Künstler bewerben.

Eingereicht werden können Werke, die deutlich machen, wofür die EU heute und in Zukunft steht. „Wir müssen die EU, ihre Vorteile und Erfolge, den Bürgern näher bringen“, sagte der für Bildung und Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics. Vergeben werden sechs erste Preise, die mit jeweils 50.000 Euro dotiert sind, sechs zweite Preise mit je 30.000 Euro und zehn dritte Preise mit je 17.000 Euro. Interessenten müssen sich bis zum 16. August registrieren.

Bewerbung um den Altiero-Spinelli-Preis